



## **Ukraine: Wie Putin von den USA provoziert wurde**

Von Gotthard Frick, SUMMARUM

**Vorgeschichte. Der skandinavische Stamm der RUS gründete 882 Russland in der heutigen Ukraine und dann 862 noch die Hauptstadt Kiew. Dadurch entstand der Name Kiewer Rus. Wie alle Teile Europas machte auch das, was heute die Ukraine ausmacht, viele Phasen. Die Ukraine oder Teile davon gehörten auch immer wieder mal zu anderen Staaten: z.B. Polen, Österreich, zum Zarenreich etc. Von 1922 bis 1991 war die Ukraine ein Teilstaat der Sowjetunion und erklärte sich bei deren Auseinanderfallen für unabhängig.**

Auch die Krim hatte eine sehr bewegte Geschichte, die lange vor unserer Zeit begann. Sie wurde dann mal durch die Mongolen besetzt und diese durch die Krimtataren vertrieben, ging dann ans osmanische Reich, aber kam bereits 1783 formell zum Zarenreich und wurde «für alle Zeiten» als russisch erklärt. Im Krimkrieg um die Mitte des 19. Jahrhunderts besetzten Frankreich und England zusammen mit dem osmanischen Reich für sehr kurze Zeit die Krim.

1917 riefen die Krimtataren dort die «Die Volksrepublik Krim» aus und 1921 errichtete die Rote Armee eine autonome Sowjetrepublik Krim.

Hitler besetzte sie von 1942-44 und wollte daraus einen mit Südtirolern besiedelten Gotengau machen.

Hitler, und Stalin hatten dort grosse Teile der Bevölkerung deportiert und Stalin hatte auch noch die Autonomie der Krim beendet.

Nach 1946 wurde sie zu einem Oblast (grosses Verwaltungsgebiet) der UdSSR, bis sie der erste Parteisekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, der selber aus der Ukraine stammte, 1954 der Ukraine übergab. In einer Volksabstimmung vom 20. Januar 1991 sprachen sich 93% der Krimbewohner für die Wiederbegründung der autonomen sozialistischen Sowjetrepublik aus, also die Unabhängigkeit von der Ukraine.

Aber bereits am 12. Februar 1991 ignorierte der Oberste Sowjet der Ukraine den Volksentscheid und nahm die Krim wieder in den Bestand der Krim auf und bestätigte das in seiner Verfassung

von 6. Juni 1991.

Aber am 31. Dezember 1991 ging die UdSSR formell zu Ende. Schon am 24. August 1991 hatte sich die Ukraine, unter Einschluss der Krim, für unabhängig erklärt. In der Volksabstimmung darüber Ende 1991 stimmten auch 54% der Bewohner der Krim dafür. 2014, diesmal unter Putin, fand wieder ein Referendum statt, in dem sich bei einer 83%-igen Wahlbeteiligung 96.8% der Einwohner der Krim für einen Anschluss an Russland aussprachen. Das Ergebnis wird vom Westen nicht anerkannt. In einer UNO-Abstimmung vom 24.03.2014 stimmten 100 der 193 Mitgliederstaaten der UNO, die Abstimmung sei ungültig gewesen. Auch die Parlamentswahlen von 2016 auf der Krim hat der Westen als illegal bezeichnet.

Nun zum Krieg Russlands gegen die Ukraine. Was hat Putin derart empört, dass er zum Krieg griff?

Bisher haben weder das SRF noch unsere Leitmedien im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine darüber berichtet, wie die USA ab 1991, dem Zusammenbruch der UdSSR, bis ca. 2017 die Opposition in der Ukraine aufbauten und finanzierten. Wie die für die Ukraine zuständige Stv. US Aussenministerin, Victoria Nuland, in ihrer Rede vom 13. Dezember 2013 an der US Vertretung in Genf sagte, finanzierten die USA seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von 1991 mit 5 Milliarden \$ den «Aufbau der Demokratie», d.h. prowestlicher politischer Organisationen. Die Bedingung, um eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, hatte Victoria Nuland wie folgt definiert: Es gehe darum «...diejenigen hohen Regierungsmitglieder, Wirtschaftsführer sowie Oppositionelle in der zivilen Gesellschaft zu unterstützen, DIE MIT DEN ZIELEN DER USA IN DER UKRAINE EINVERSTANDEN SIND»(!).

US Stiftungen beteiligten sich ebenfalls an der Finanzierung der Opposition und am Umsturz, darunter die vom US Kongress finanziell massiv unterstützte Stiftung NED National Endowment for Democracy, die sich weltweit in Ländern einmischt, um die US Interessen durchzusetzen.

Auf einer Webseite der NED vom 03.02.2022 werden die rund 70 politischen Organisationen, Medien etc. der Ukraine und die bedeutenden finanziellen Beträge genannt, die sie erhielten (in der Regel mehrere zehntausend \$ bis zu rund 600'000 \$).

**Es kamen vor und während des Umsturzes von 2013 immer wieder bedeutende US Politiker nach Kiew, um die Opposition zu unterstützen. . Ab 1991 mischten sich vor Ort in Kiew u.a. John O. Brennan, der Chef der CIA und US Aussenminister John F. Kerry ein. US Vizepräsident Joe Biden kam bis 2017 laut seinen eigenen Angaben 12-13 mal in die Ukraine.**

Zu einem Gehalt von 50'000\$/Monat wurde sein Sohn Hunter Biden 2014 in den Verwaltungsrat der Burisma Holdings, des grössten Gaskonzerns der Ukraine, aufgenommen.

(NZZ 19.11.19. «Am Bild der Bidens in der Ukraine-Affäre werden weitere Kratzer sichtbar».)  
Erst 2019 trat er zurück. 2013 hatte ihn die US Marine wegen Kokain- und Alkoholproblemen entlassen.

Er war Verwaltungsratspräsident und Aufsichtsrat mehrerer US Firmen und staatlicher Organisationen, darunter des US Ablegers des Welternährungsprogramms der UNO. 2020 wurde bekannt, dass gegen ihn eine Untersuchung wegen Steuervergehen im Jahr 2018 im Ausland im Gange war.

Zahlreiche einflussreiche Amerikaner waren auch schon im Verwaltungsrat der Burisma Holding: z.B. Devon Archer, der Wahlkampfleiter des US Aussenministers, der Direktor des CIA Counterterrorist Centers, Josep Cover Black, und andere Amerikaner. Seit 2013 amtierte als Präsident von

Burisma der US Investmentbanker Alan Apter.

Dass Russland reagierte, kann man gut begreifen, auch wenn man mit der Art der Reaktion nicht einverstanden ist. Aber dass Russland durch den vorangegangenen massiven Eingriff der USA in der Ukraine extrem provoziert wurde, ist offensichtlich.

Trotzdem sind wohl alle damit einverstanden, dass die Grossmächte endlich auf das Mittel des Krieges zur Durchsetzung ihrer Interessen verzichten sollten. Leider zeigt uns die Kette von Kriegen seit dem zweiten Weltkrieg bis zum Eingriff in Afghanistan von 2021 - wobei die USA mit Abstand die meisten führten – dass wir noch weit davon entfernt sind.

**Victoria Nuland, unterstützt durch Catherine Ashton, EU Aussenbeauftragte, und mehrere andere bedeutende US Politiker versuchten vor und während des Umsturzes von Ende 2013 vor Ort, also in Kiew, die an Ressourcen so reiche Ukraine ins westliche Lager zu ziehen. Grosse US Konzerne (Cargill, Monsanto, Du Pont) hatten schon 2 Millionen ha der weltweit fruchtbarsten Schwarzerdeböden und Beteiligungen an Saatgutfabriken, Getreidespeichern und Häfen übernommen.**

Die Ukraine wollte damals mit der EU ein Assoziierungsabkommen abschliessen und gleichzeitig der von Russland gegründeten Zollunion beitreten, wofür es mit Russland schon einen Vorvertrag abgeschlossen hatte. Aber am 23.02.2013 stellte der Präsident der EU, J. Manuel Barroso den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowitsch vor ein Ultimatum: «Die Ukraine müsse sich für die EU oder Russland entscheiden». Beides sei nicht möglich.

Der Aussenhandel der Ukraine hatte damals mit beiden den gleichen Umfang. Dazu kommt, dass Barroso und Angela Merkel im November 2013 beschlossen, dass Assoziierungsabkommen doch noch nicht zu unterzeichnen. Nach all dem verschob auch der Präsident der Ukraine seine Unterschrift, was die vom Westen aufgebaute Opposition zum Ende 2013 beginnenden Aufstand provozierte.

**Am 15. Dezember 2013, während des Umsturzes, hielt der mächtige US Senator John McCain (inzwischen gestorben) auf dem Maidan eine Rede, in der er der Opposition zurief, «Amerika steht auf Eurer Seite.» («America stands with you»).**

**Eine Ungeheuerlichkeit in einem souveränen Staat.**

**Am 4. Februar 2014 sagte die Stv. US Aussenministerin Nuland dem US Botschafter in Kiew, Geoffrey R.Pratt, telefonisch, Arsenij Jazenjuk müsse Premierminister der Ukraine werden.**

Er wurde dann bald auf nicht verfassungsmässigem Weg ernannt und trat sein Amt am 27.02.2014 an. Damit war der Umsturz abgeschlossen. Erst am selben Tag überschritten russische Truppen die Grenze zur Krim. (Das Telefon war abgehört und veröffentlicht worden. Die USA stellten die Echtheit des Gesprächs nicht in Frage, aber machten Russland für das Abhören verantwortlich).

Für die Schiesserei auf dem Maidan vom 20.02.2014 und den folgenden Tagen, die fast 100 Todesopfer forderte, wurde auch von den westlichen Medien sofort die Regierung verantwortlich gemacht.

Eine jahrelange Untersuchung des Falles durch die Universität Ottawa, Kanada, kam zum Schluss, dass sie die Opposition ausgelöst hatte, um die Wut des Volkes auf die Regierung anzustacheln. Die Studie wurde sowohl an der Tagung von 2018 der American Political Science Association in Boston, wie auch an zwei Instituten der Universität Uppsala, Schweden, vorgelegt und

diskutiert. Vielsagend ist auch, dass die US Marine 2017 begonnen hat, den Hafen von Ochakiv in der Ukraine für sich auszubauen. Seine Anlagen waren vorher für die meisten Kriegsschiffe der USA zu klein. Der Hafen erhält auch 2 höchst modern ausgestattete Operationszentren, von wo aus die US Flotte bei Einsätzen im Schwarzen Meer geführt werden kann.

## **Gegenwärtig haben unsere Medien gegen Putin Stellung bezogen.**

Das ist allerdings soweit verständlich, als die Auslösung eines Krieges nicht akzeptiert werden darf. Aber das Bild Putins in den Medien ist beleidigend. Dabei müsste die hier dargestellte Vorgeschichte berücksichtigt werden. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR war Russland am Ende, wie der Bundesrat zu Recht im Sicherheits-politischen Bericht SIPOL B 2016 schrieb: «Nach dem Kalten Krieg haben die russischen Streitkräfte einen beispiellosen Niedergang erlebt». Aber die russische Führung, von Gorbatschow bis und mit PUTIN, rüstete nicht auf. Warum nicht? Weil sie eine Partnerschaft mit Westeuropa aufbauen wollten. Gorbatschow sprach «Von unserem gemeinsamen Haus Europa». Sein Nachfolger Boris Jelzin wollte das ebenfalls, aber auch Putin.

In einem längeren BBC «Interview with Frost» vom 3. März 2000 sagte Putin: «Russland ist Teil der europäischen Kultur. Und ich kann mir mein eigenes Land nicht von Europa und was wir die zivilisierte Welt nennen, isoliert vorstellen. So ist es für mich schwer, die NATO als Feind zu sehen. ... Wir sind für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für eine Partnerschaft. Er sah sogar die Möglichkeit eines NATO-Beitritts.

Aber verletzend wurde Russland vom Westen unter Führung der USA, immer noch der Machtpolitik der vergangenen tausenden von Jahren mit ihren Kriegen verpflichtet, abgewiesen.

Stattessen wurden zwischen 1999 und 2009 die ehemaligen Mitglieder des Warschauerpaktes und der UdSSR wie Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und 2017 noch Montenegro in die EU und/oder NATO aufgenommen, die militärisch immer näher an Russlands Grenzen rückte. Putin sagte schon an der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 «Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks (an unseren Grenzen), ... als eine direkte Bedrohung unseres Landes». In den Folgejahren forderte er immer wieder das Zurücknehmen der immer noch näher heranrückenden westlichen militärischen Bedrohung und bemerkte, falls sie nicht entfernt werde, werde Russland das Problem möglicherweise militärisch lösen. Vergeblich.

Er wurde nicht ernst genommen. Jetzt erleben wir die Folgen, weil Putin ab 2008 wieder aufrüstete, weil er begriffen hatte, dass der Westen Russland nicht als Partner sah, sondern die traditionelle Machtpolitik weiter führte.

All das müssten wir bei unserer Beurteilung der gegenwärtigen Reaktion Russlands berücksichtigen. Dann wird auch ersichtlich, warum die USA für die gegenwärtige Krise verantwortlich sind. Wenn man das weiss und einen groben Überblick über die Geschichte der Ukraine hat, kann man verstehen, dass Russland empört ist.

D.h. nicht, dass man jetzt den Krieg beklatscht.

Aber dass Russland heftig reagierte, sollten wir begreifen und uns im Atomwaffenzeitalter für ein einvernehmliches Verhältnis aller Grossmächte einsetzen. Die USA bei ihrer traditionellen Machtpolitik zu unterstützen ist nicht die Rolle der Schweiz.